

Demokratie in der Defensive

Der Landesausschuss Courage gegen Rechts beschloss das letzte Quartal seiner Vortragsveranstaltungen unter dem Titel „Demokratie in der Defensive – Warum Antifaschismus heute Klassenpolitik braucht“.

Die Vorgängerreferent*innen hatten den Aufstieg der rechtsautoritären Kräfte im Krisenbogen zwischen den USA und Ostmitteleuropa in erster Linie unter ideologiekritischen, parteipolitischen und organisatorischen Gesichtspunkten beleuchtet. Am 14. November 2025 stand das Thema unter einer anderen Fragestellung auf der Tagesordnung: Welche „... Ursachenbrennpunkte ... auf einem Feld kollektiver Erfahrungen...“ (Ankündigungstext) sind für diese offensichtlich „lange Welle“ einer politischen Konjunktur zu ermitteln?

In ihrer Eigenschaft als Inhaberin eines Lehrstuhls für Soziologie an der Universität Göttingen analysierte die Referentin, die Kollegin Nicole Mayer-Ahuja, das Problem natürlich unter entsprechender Perspektive; sie entfaltete ihre Interpretation unter einem – im besten Sinne – materialistischen Blickwinkel und unter Zugrundelegung eines beim Fachtag Rechtsextremismus in der Arbeitswelt beim Bundesvorstand des DGB am 28. Oktober gehaltenen Vortrages.

Einleitend wurde das Vortragsthema geklärt, da die herkömmlichen Erklärungsmuster für die zunehmende Attraktivität rechtsautoritärer Politikangebote (und damit ganz zentral auch für den Aufstieg der AfD bis an die Pforten der Regierungsverant-

wortung) diese in aller Regel nicht klassenpolitisch erklären.

Für die Referentin stehen hier mehrere Wirkmechanismen im Vorder- (und Hinter-)grund.

1. Die Bundesrepublik ist eine Klassengesellschaft, deren Funktionsprinzip auf dem Widerspruch von Arbeit und Kapital beruht.
2. Der Zwang für die abhängig Beschäftigten, ihre Arbeitskraft als Ware zur Verfügung zu stellen, konstituiert ein Konkurrenzverhältnis zwischen diesen, das in einem Spannungsverhältnis zur partiell auch praktizierten, aber immer gefährdeten Solidarität der Lohn- und Gehaltsabhängigen steht.
3. Dieses strukturell immer gegebene Konkurrenzverhältnis dominiert das Denken der Gesamtgesellschaft.
4. In Phasen, in denen der Zwang des Kapitals, sich zu reproduzieren und neues Kapital zu akkumulieren, zu krisenhaften Zuspitzungen und zu einem sich verschärfenden Widerspruch zwischen technologischem und sozialem Fortschritt führt, gelingt es rechten Kräften zunehmend, ihrer sozialdarwinistischen Agenda Gehör zu verschaffen. Einfallslos für ihren propagandistischen Erfolg ist hierbei, dass sie an elementare Erfahrungen anknüpfen können; an Erfahrungen in einem Sektor der Gesellschaft, der sich der demokratischen Kontrolle entzieht: der privatwirtschaftlich organisierten Wirtschaft.
5. Daraus resultieren „Herausforderungen für eine emanzipatorische Politik“ insofern, als rechtsautoritäres Denken und Handeln immer eine Radikalisierung des herrschenden Diskurses ist. Daraus folgt die Notwendigkeit,
6. „solidarische Politik muss gegen die Logik des Systems anarbeiten“. Das bedeutet: „Ziel ist Solidarisierung“. Es bedarf eines „Gegenkonzeptes zum kapitalistischen Kampf aller gegen alle: Statt Differenz und Konkurrenz – Streiten für Gleichheit, Emanzipation und Solidarität!“. Das



Foto: GEW

bedeutet: „Potenziale der Entsolidarisierung“ auf betrieblicher und gesellschaftlicher Ebene zur Kenntnis zu nehmen, „... aber auch für kollegiale Verständigung und Widerstand“ zu sensibilisieren.

7. Anknüpfungspunkte dafür sieht die Referentin im „betrieblichen Universalismus“, das heißt in der Erfahrung kollegialer und pragmatischer Zusammenarbeit auf Betriebsebene jenseits von Herkunft, Geschlecht, Sprache, ethnischer Identität... Auf den Begriff gebracht: „Externalisierung von Differenz“. Ebenso in einer entsprechenden Tarifpolitik, die der gewollten Entsolidarisierung der Beschäftigten (flexible Arbeitszeiten unter anderem) entgegenwirkt.
8. Komplementär: Die Notwendigkeit der Verteidigung von Sozialeigentum (Abgaben, Steuern, Rechtsansprüche auf Leistungen, Sozial- und Arbeitslosenversicherung, Wohnen, Gesundheit, Verkehr...).
9. Die Referentin betonte allerdings auch, dass die Defensive allein nicht ausreichen würde. Ausgehend von einer weiteren Polarisierung der Gesellschaft (mittlerweile besitzt das reichste Prozent der Gesellschaft 30 Prozent des Gesamtvermögens) bestehe noch weiterer Handlungsbedarf. (Vermögens-, Erbschaftssteuer, Bürger*innenversicherung ohne Beitragsbemessungsgrenzen und mit Abgaben aus Kapitalerträgen). Auf fiskalischem Gebiet: „Statt Sondervermögen für Aufrüstung – und Schuldenbremse für regulären Bundeshaushalt (Arbeit, Soziales, Bildung Gesundheit): Politik für die 92 Prozent“
10. Auch mit Blick auf beunruhigende Tendenzen in Richtung auf die kommenden Betriebsratswahlen (es drohen Zuwächse rechter Listen wie der des „Zentrums“) und mit Blick darauf, dass die AfD unter Arbeiter*innen überproportional hohe Anteile für sich mobilisieren konnte sowie

in dieser Gruppe faktisch zur stärksten Partei aufgestiegen ist, betonte die Kollegin, dass eine „Demokratisierung der Arbeitswelt“ eine ganz zentrale Rolle auch bei dem Kampf gegen eine drohende rechtsautoritäre Formierung spielt. Denn hier insbesondere paarten sich Ohnmachtserfahrungen und Ängste um sozialen Abstieg in besonderer Weise („Erfahrungen, in der Arbeit nichts zu sagen zu haben“).

Den Bogen zum Eingangsthema des Vortrages schloss die Referentin mit dem Statement: „Wenn Lohnabhängige nicht mehr als solche angesprochen und vertreten werden: Nation schlägt Klasse.“ Die Qualität des Vortrags besteht nicht zuletzt in der akkuraten Strukturanalyse der sozioökonomischen Rahmenbedingungen, die den Hintergrund der hier skizzierten Prozesse ausmachen. Er zeigt die letztlich immer gegebene Abhängigkeit auch der Tarifpolitik von der „Marktmacht“ der lohnabhängig Beschäftigten; ihrerseits abhängig von der Arbeitsmarktsituation und damit – realistisch betrachtet – von den Profitmaximierungsmöglichkeiten des Kapitals. Im Hintergrund der hier als notwendig erkannten fiskalischen Steuerungen in Richtung auf einen sozialen Ausgleich steht die Erkenntnis, dass staatliches Handeln nie neutral ist oder „zwischen den Fronten“ moderiert, sondern immer auch einer Logik folgt, die diktiert ist von der „Marktmacht“ des international und national agierenden Kapitals. Von dieser Prämisse ist auch die Forderung nach „Umverteilung“ abhängig. Denn: Schon in der Begrifflichkeit der „Umverteilung“ wird stillschweigend vorausgesetzt, dass im Rahmen der herrschenden Produktionsverhältnisse umverteilt wird, da im anderen Fall der Rahmen für eine solche

nicht mehr gegeben wäre und man von einer Transformation sprechen müsste.

Die Qualität des Vortrages besteht des Weiteren in der nicht so oft gehörten Forderung nach einer „Demokratisierung der Arbeitswelt“. Diese kann ja nur bedeuten, dass der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung in Richtung einer gesamtgesellschaftlichen (also: demokratischen) Entscheidung darüber, wie, was, wie nachhaltig und zu welchen Kosten... produziert wird, aufgelöst wird.



Alle diese Aspekte und Gedanken standen ausgesprochen oder unausgesprochen „im Raum“. Es ist das große Verdienst der Referentin, durch ihren Vortrag hier Denkanstöße gegeben zu haben, die die Thematik mehr als nur oberflächlich zu durchdringen geeignet sind. Dementsprechend waren der Applaus und die lebhaftete Beteiligung an der anschließenden Diskussion.